

Bezirkskonferenz Naturschutz in Ostwestfalen-Lippe

Tagung am 23. März 2018 in Detmold

Resolution zur Wiedereinführung der „Stabsstelle Umwelt- und Verbraucher kriminalität NRW“

Die Bezirkskonferenz Naturschutz OWL fordert die sofortige Wiedereinführung der Stabsstelle Umwelt- und Verbraucher kriminalität NRW!

Zum Hintergrund:

Der Bereich der Umweltkriminalität umfasst Abfallwirtschaftskriminalität, Lebensmittelkriminalität und betrifft jene Handlungen, die gegen Vorschriften zum Schutz der Umweltgüter wie Boden, Wasser, Luft, Pflanzen und Tiere verstoßen.

Bei der Verfolgung und Ahndung von Delikten im Bereich der komplexen und rechtlich anspruchsvollen Umwelt- und Lebensmittelkriminalität, müssen Polizei, Justiz und Umweltverwaltungsbehörden zusammenarbeiten. (raus: Die Bekämpfung der Lebensmittelkriminalität richtet sich überwiegend nach den Schutzvorschriften des Lebensmittelschutzrechts.) Die Durchsetzung der bestehenden Umwelt- und Naturschutzgesetze verbleibt jedoch im Kanon verschiedener Gesetzesfelder und in Ressourcenkonkurrenz zu diesen häufig in einem niedrigen Prioritätsbereich der Strafverfolger.

Weil sich zeigte, dass diese Zusammenarbeit besser organisiert und unterstützt werden musste, wurde auf einen politischen Impuls hin 2004 im nordrhein-westfälischen Umweltministerium die Stabsstelle Umweltkriminalität (später: „Umwelt- und Verbraucher kriminalität“) eingerichtet.

Die Stabsstelle

- hat bislang die Koordinierung, Beratung und Unterstützung der beteiligten Stellen (alt. Behörden und Einrichtungen) übernommen,
- recherchierte und bewertete umweltstrafrechtlich relevante Sachverhalte,
- baute ein Netzwerk zu allen Einrichtungen, Behörden und Organisationen mit Berührungspunkten zum Bereich der Bekämpfung von Umweltkriminalität aus, versorgte diese mit den benötigten Informationen und nahm Hinweise entgegen.
- Die Stabsstelle erstattete selbst Strafanzeigen oder gab Stellungnahmen für Ermittlungs- und Strafverfahren ab.
- Sie war auch lange Zeit nach ihrer Gründung die bundesweit erste und einzige Stabsstelle für die genannten Zwecke und hatte, da bei ihr alle Erkenntnisse zusammenliefen und dokumentiert wurden, eine hohe strafrechtliche Kompetenz.

Im Rahmen der Umorganisation des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MULNV) wurde diese Stabsstelle von der jetzigen Landesregierung abgeschafft und die Zuständigkeiten auf zwei Fachreferate übertragen.

Dies beunruhigt sehr, da die Umweltkriminalität nicht ab sondern eher zunimmt.

Auffällig ist zum Beispiel dass z.B. im zeitlichen von Windenergieplanungen Großvogelhorste verschwinden oder werden vergiftete Greifvögel gefunden.